



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

Décision

Decisione

14. Dez. 1992

Verwaltungsvereinbarung über die Anwendung des im Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz über den Schienen- und Strassengüterverkehr vorgesehenen Ueberlaufsystems

Aufgrund des Antrags des EVED vom 9. Dezember 1992

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die Verwaltungsvereinbarung über die Anwendung des im Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz über den Schienen- und Strassengüterverkehr vorgesehenen Ueberlaufsystems wird genehmigt.
2. Der Chef des EVED, Bundesrat Adolf Ogi (oder eine von ihm beauftragte Person), wird ermächtigt, die Verwaltungsvereinbarung zu unterzeichnen.
3. Die Bundeskanzlei wird mit der Ausstellung der entsprechenden Vollmachten beauftragt.
4. Die Aenderungen der nachfolgend aufgeführten Verordnungen werden gutgeheissen und treten gleichzeitig mit dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Schienen- und Strassengüterverkehr (Transitabkommen) in Kraft:
 - Aenderung der Verkehrsregelnverordnung vom 13. November 1962;
 - Aenderung der Verordnung vom 28. März 1990 über die Zuständigkeit der Departemente und der ihnen unterstellten Amtsstellen zur selbstständigen Erledigung von Geschäften;



- 2 -

- Aenderung der Verordnung vom 1. Juli 1987 über die Gebühren im Aufgabenbereich des Bundesamtes für Verkehr.

5. Die Verordnung über die Verwaltungsmassnahmen bei Widerhandlungen gegen das im Transitabkommen und in der dazugehörigen Verwaltungsvereinbarung vorgesehene Ueberlaufsystem wird mit folgenden Aenderungen gutgeheissen und tritt gleichzeitig mit dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz über den Schienen- und Strassengüterverkehr in Kraft:

Titel und Artikel 1:

"Verstösse" statt "bei Widerhandlungen"

Artikel 2, lit. b: "erwirkt" statt "erschleicht".

6. Der für das Ueberlaufsystem erforderliche Personalbedarf ist im Rahmen der dem EVED bewilligten Stellen abzudecken.

7. Die Anliegen des EDA werden im Zusammenhang mit der Notifizierung realisiert.

Für getreuen Protokollauszug:

Murats Müller

Veröffentlichung:

Amtliche Sammlung

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	10	-
	X	EDI	5	-
	X	EJPD	5	-
		EMD		
	X	EFD	7	-
		EVD		
X		EVED	5	-
	X	BK	5	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin.Del.	2	-



EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
DEPARTEMENT FEDERAL DES TRANSPORTS, DES COMMUNICATIONS ET DE L'ENERGIE
DIPARTIMENTO FEDERALE DEI TRASPORTI, DELLE COMUNICAZIONI E DELLE ENERGIE
DEPARTAMENT FEDERAL DA TRAFFIC ED ENERGIA

3003 Bern, den 9. Dezember 1992

Uebersicht

Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung über die Anwendung des im Transitabkommen EG-Schweiz vorgesehenen Ueberlaufsystems

Hauptziel der Verwaltungsvereinbarung ist es, die im Rahmen des Transitabkommens EG-Schweiz vorgesehenen Ausnahmenerteilung zur 28t-Begrenzung im Transitgüterverkehr zu regeln.

Die Federführung der Genehmigungserteilung liegt bei einer "Berner Verwaltungszentrale" (im BAV), welche die beim Transporteur beschafften Daten überprüft und die geeigneten Entscheide trifft. Eine ständige Verbindung ist mit den Betreibern des kombinierten Verkehrs sowie mit den Zollstellen von Basel und Chiasso gesichert.

Zur Erhaltung einer Ueberlaufgenehmigung muss eine Platzreservation auf einem Zug des kombinierten Verkehrs vorgenommen werden. Sind die Bahnkapazitäten ausgeschöpft und bestehen keine weiteren Ausweichmöglichkeiten (z.B. Verladeplatz auf dem nächsten Zug oder Transfer zu einem anderen Terminal), so kann der Transporteur ein Gesuch für eine Ueberlaufgenehmigung bei der Zentrale stellen.

Zu bemerken ist, dass eine Ueberlaufgenehmigung mit einer Sonderbewilligung zum Nacht- und/oder Sonntagfahrverbot gekoppelt werden kann. In diesem Fall ist die Berner Zentrale zur Erteilung beider Genehmigungstypen zuständig.

Bei Widerhandlungen gegen das Ueberlaufsystem sind Massnahmen und Sanktionen vorgesehen, die in einer neuen Verordnung des Bundesrates geregelt sind.

Schliesslich verlangt die Anwendung des Ueberlaufsystems einige Anpassungen in der Verkehrsregelnverordnung, der Delegationsverordnung und der Gebührenverordnung BAV.

Texte français au verso



EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
DEPARTEMENT FEDERAL DES TRANSPORTS, DES COMMUNICATIONS ET DE L'ENERGIE
DIPARTIMENTO FEDERALE DEI TRASPORTI, DELLE COMUNICAZIONI E DELLE ENERGIE
DEPARTAMENT FEDERAL DA TRAFFIC ED ENERGIA

3003 Berne, 9. décembre 1992

Résumé

Signature de l'Arrangement administratif sur l'application du système de surplus prévu dans le cadre de l'accord sur le transit entre la CE et la Suisse

L'objectif principal de l'arrangement administratif est de régler l'octroi des exceptions à la limite des 28t dans le trafic de marchandises en transit, prévu dans le cadre de l'accord sur le transit entre la CE et la Suisse.

La responsabilité d'octroyer des autorisations de transit incombe à un centre administratif sis à Berne (à l'OFT), lequel examine les données communiquées par le transporteur et prend les décisions appropriées. Un contact permanent est assuré avec les entreprises de transport combiné et les bureaux de douane de Bâle et de Chiasso.

Pour obtenir une autorisation de transit, le transporteur doit faire une réservation pour une place sur un train assurant un service de transport combiné. Si les capacités sont épuisées et s'il n'existe pas de solutions de substitution (par ex. place sur le train suivant ou transfert vers un autre terminal), le transporteur peut demander une autorisation de transit au centre de Berne.

Il convient de signaler qu'une autorisation de transit peut être combinée avec une autorisation spéciale de circuler la nuit ou le dimanche. Dans un tel cas, le centre de Berne est également compétent pour l'octroi des deux types d'autorisations.

En cas d'infractions au système de surplus, des mesures et des sanctions sont prévues dans une nouvelle ordonnance du Conseil fédéral.

Enfin, l'application du système du surplus entraîne quelques adaptations des ordonnances sur la circulation routière, sur la délégation de compétences et sur les émoluments de l'OFT.

Deutscher Text siehe Rückseite



EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
DEPARTEMENT FEDERAL DES TRANSPORTS, DES COMMUNICATIONS ET DE L'ENERGIE
DIPARTIMENTO FEDERALE DEI TRASPORTI, DELLE COMUNICAZIONI E DELLE ENERGIE
DEPARTAMENT FEDERAL DA TRAFFIC ED ENERGIA

3003 Bern, 9. Dezember 1992

An den Bundesrat

Antrag

Verwaltungsvereinbarung über die Anwendung des im Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz über den Schienen- und Strassengüterverkehr vorgesehenen Ueberlaufsystems

Mit Beschluss vom 1. Juli 1992 hat der Bundesrat das EVED beauftragt, Verhandlungen zu führen über den Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung zum Ueberlaufsystem, wie es in Anhang 6 II Ziffern 3 und 4 des obgenannten Abkommens festgelegt worden ist. Mittlerweile stehen die entsprechenden Arbeiten vor dem Abschluss. Wir informieren Sie daher im folgenden über die Verhandlungen und den Inhalt des vorliegenden Vereinbarungs-Entwurfes. Gleichzeitig beantragen wir die daraus resultierenden Aenderungen der Verkehrsregelnverordnung (VRV; SR 741.11), der Delegationsverordnung (SR 172.011) und der Gebührenverordnung des BAV (SR 742.102) zu genehmigen. Zusätzlich musste ein neuer Erlass, mit dem Titel "Verordnung über die Verwaltungsmassnahmen bei Widerhandlungen gegen das im Transitabkommen und in der dazugehörenden Verwaltungsvereinbarung vorgesehene Ueberlaufsystem", geschaffen werden. Schliesslich beantragen wir die Ermächtigung zur Unterzeichnung der obgenannten Verwaltungsvereinbarung.

1. Verhandlungen

Die Verhandlungen erfolgten schweizerischerseits unter Führung durch Vizedirektor Fagagnini vom Bundesamt für Verkehr und in Zusammenarbeit mit dem Integrationsbüro. In Vorbereitungssitzungen mit den betroffenen Bundesämtern, den SBB, der

Firma HUPAC und dem ASTAG wurden die schweizerischen Bedürfnisse definiert. Wir haben darüber in unserem Antrag vom 29. Juni 1992 informiert. Seitens der EG-Kommission lag die Federführung bei der Generaldirektion VII und im speziellen bei Herrn Direktor Erdmenger, wobei auch einzelne Mitgliedstaaten sich an den Verhandlungen direkt beteiligten. Im übrigen erfolgten Koordinationen zwischen den verschiedenen Gesellschaften des kombinierten Verkehrs. Insgesamt kam es zu drei offiziellen Verhandlungsrunden sowie einer Reihe von informellen Gesprächen. Sie dienten alle dem Ziel, noch in diesem Jahr zu einem Abschluss zu gelangen, um das Inkrafttreten des Transitvertrages auf den 1. Januar 1993 zu ermöglichen. Nach den letzten Bereinigungen hat die EG-Kommission denn auch sofort damit begonnen, ihrerseits die Ermächtigung zur Unterzeichnung des Abkommens anzustrengen.

Die Verhandlungen waren geprägt durch das beiderseitige Bestreben, zu einer möglichst praktikablen Lösung zu gelangen. Die EG-Kommission drängte aber doch darauf, möglichst stark Einfluss zu nehmen auf die kommende Praxis der einzurichtenden Verwaltungszentrale. Sie wurde zudem gedrängt, auf eine möglichstste Ausschöpfung der Zahl der zu genehmigenden Ausnahmegewilligungen hinzuarbeiten. Dennoch aber erfolgten die Verhandlungen stets im Rahmen der durch das Transitabkommen gezogenen Grenzen. Es zeigte sich auch, dass diese durchaus einen tauglichen Rahmen für den kommenden Vollzug des Abkommens bilden können. Die EG-Kommission hat schliesslich auch anerkannt, dass der Vollzug des Ueberlaufsystems in den schweizerischen Händen bleibt, so dass inskünftig nicht mit problematischen Kompetenzfragen zu rechnen ist.

2. Inhalt der Verwaltungsvereinbarung

Die Verwaltungsvereinbarung spricht die folgenden Aufgabenbereiche konkret an:

- 2.1 Verwaltungszentrale. Die Vereinbarung umschreibt die Aufgaben der Zentrale im Rahmen des ganzen Genehmigungssystems. Die Zentrale hat darüber zu wachen, dass alle Angaben in der richtigen Form und zeitgerecht eingehen, und sie soll auch die Entscheide innerhalb von einer Frist von zwei Stunden nach dem Zeitpunkt der Antragsstellung telefonisch oder per Telefax mitteilen. Dabei hat sie die ablehnenden Entscheide zu begründen und mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen. Die Entscheidungskompetenz liegt damit bei der Verwaltungszentrale; die Vertragsparteien

können aber die notwendigen Papiere einsehen. Zudem wird der nach dem Transitabkommen einzurichtende gemischte Ausschuss fortlaufend über die Praxis informiert. Weitergehende Bestrebungen der EG-Kommission, direkt Einsitz zu nehmen in die Verwaltungszentrale, wurden unsererseits abgelehnt. Im Gegenteil, die Zentrale wird berechtigt, bei den Betreibern des kombinierten Verkehrs selbst Kontrollen durchzuführen, um möglichen Missbräuchen rechtzeitig auf die Spur zu kommen.

Mittlerweile ist der Aufbau der Verwaltungszentrale vorangeschritten. Befristet angestellt wurden vier Personen. Zudem ist die elektronische Datenübermittlung aufgebaut worden, mit der die Zentrale mit den Betreibern des kombinierten Verkehrs und den Terminals verbunden werden kann.

- 2.2 Anwendungsbereich. Der Anwendungsbereich ist im Transitabkommen (Anhang 6 II 3) definiert. Die Verwaltungsvereinbarung geht nicht über diese Bestimmungen hinaus. Artikel 3 erinnert jedoch daran, dass nur die EG am Ueberlaufmodell teilhaben kann. Es ist noch zu erwähnen, dass laut Transitabkommen nur emissionsarme EG-Lastwagen in den Genuss von Ueberlaufgenehmigungen kommen können. Artikel 4 enthält die entsprechenden Definitionen zu den dringlichen Sendungen und den verderblichen Gütern. Was die verderblichen Güter anbelangt, so konnte auf die ATP-Liste Bezug genommen werden, während mit Blick auf die dringlichen Güter eine neue Formulierung gefunden werden musste.
- 2.3 Reservationsverfahren und Bahnkapazitäten. Die Vereinbarung geht davon aus, dass im Bereiche des kombinierten Verkehrs die Reservation schon heute Praxis ist. Die Reservation soll frühestens 48 Stunden und spätestens 16 Stunden vor der Abfahrt des Zuges vorgenommen bzw. bestätigt werden. Damit ist eine ordentliche Planung möglich. Wesentlich dabei ist aber festzulegen, was geschehen soll, wenn ein bestimmter Antragssteller in einem Terminal keinen Standplatz mehr erhalten kann. Artikel 6 beschreibt die entsprechenden Ausweidlösungen: Sie bestehen einmal in einer Wartezeit von bis zu 6 Stunden, d.h. der Wahl eines nächsten Zuges innerhalb dieser Zeit, sodann in einer Ueberführung zu einem nächsten Terminal in der Abfahrtsrichtung des Zuges sowie einer Umbuchung auf einen anderen Betreiber des kombinierten Verkehrs auf dem gleichen Zug. Dieses Verfahren erlaubt es, die vorhandenen Kapazitäten möglichst vollständig auszuschöpfen.

2.4 Terminals. Wichtig in diesem Zusammenhang ist demzufolge die Festsetzung der für das Ueberlaufsystem in Frage kommenden Terminals. Die Vereinbarung legt diesbezüglich fest, dass ein Terminal über alle nötigen elektronischen Kommunikationsmittel verfügen muss, von ihm eine tägliche Verbindung für den kombinierten Verkehr durch die Schweiz ausgeht und überhaupt ein fahrplanmässiges Angebot vorliegt. Im Anhang 2 sind aufgrund dieser Bedingungen entsprechende Terminals bezeichnet. Die Liste ist nicht als abschliessend zu betrachten; sie kann durch den gemischten Ausschuss fortlaufend ergänzt werden.

2.5 Genehmigungsverfahren. Erhält der antragsstellende Verlader im ordentlichen Reservationsverfahren und nachdem er sich um alle Ausweichlösungen bemüht hat, keinen Standplatz auf einem Zug, kann er einen Antrag auf eine Ueberlaufgenehmigung telefonisch oder schriftlich bei der Zentrale stellen. Als Grundlage dient ihm das im Anhang 3 beigefügte Formular. Die Zentrale überprüft die entsprechenden Angaben. Wird überdies gemäss Artikel 7 auch von den Betreibern des kombinierten Verkehrs informiert, wenn die Angebote an kombinierten Verkehrsleistungen erschöpft sind. Kommt die Zentrale zum Schluss, dass eine Genehmigung zu erteilen ist, teilt sie dies dem Antragssteller innerhalb von 2 Stunden mit und sendet die entsprechenden amtliche Urkunde für den Transit durch die Schweiz an die Zollstationen in Basel oder Chiasso. Es ist daraufhin an den Zollstationen, die schriftliche Genehmigung auszuhändigen und sie beim Verlassen der Schweiz wieder einzuziehen. Die Zollstationen sind dabei berechtigt, die Angaben auf ihre Richtigkeit zu überprüfen und gegebenenfalls eine Aushändigung zu verweigern.

Ein besonderes Problem stellt die Einholung verschiedener weiterer Genehmigungen dar; insbesondere jene für Ausnahmen vom Nacht- und Sonntagsfahrverbot. In Absprache mit dem Bundesamt für Polizeiwesen sind wir übereingekommen, dass die entsprechenden Genehmigungen für Fahrten im Zusammenhang mit einer Ueberlaufgenehmigung ebenfalls von der Verwaltungszentrale erteilt werden. Dies entspricht einer sinnvollen Vereinfachung der Verfahren, macht aber entsprechende Änderungen auf der Stufe der Verordnung notwendig.

2.6 Kontrollen und Sanktionen. In den Artikeln 9 und 11 sind die Voraussetzungen geschaffen für eine wirksame Kontrolle des Ueberlaufsystems und die Ergreifung von Sanktionen. Wie dargelegt, sind sowohl die Verwaltungszentrale als auch die Zollstationen

nen in Basel und Chiasso zur Ueberprüfung der Angaben befugt. Bei Fehlen der verlangten Angaben können die Gesuche zur Vervollständigung an den Verlader zurückgewiesen werden. Die EG-Kommission hat überdies akzeptiert, dass im Falle von Widerhandlungen gegen die Vereinbarung auf schweizerischer Ebene Sanktionen ergriffen werden können. Diese sind in einer eigenen Vollzugsverordnung auch umschrieben (Anhang 4). Im übrigen verpflichten sich beide Vertragsparteien zur gegenseitigen Amtshilfe.

- 2.7 Gebühren. Schliesslich hat die EG-Kommission akzeptiert, dass wir für die Erteilung der Ausnahmegewilligungen eine Gebühr einziehen. Nach einigem Hin und Her hat die Kommission die geforderten 50 Schweizer Franken akzeptiert. Unter der Voraussetzung, dass die zu erteilenden Ausnahmegewilligungen tatsächlich ausgeschöpft werden, handelt es sich bei der vereinbarten Gebühr um einen kostendeckenden Betrag (Für die Zukunft kann mit einer Kostendeckung auch gerechnet werden, da die Hardware-Investitionen für den Anfang einmalig sind.). Ein höherer Betrag hätte Mühe bereitet, zumal im Falle der Sonntags- und Nachtfahrten zusätzliche Gebühren hinzukommen. Zudem ist zu bemerken, dass die 50 Franken als reine Verwaltungsgebühr zu betrachten sind, und nicht als eine Abgabe zur Herstellung der Kostenwahrheit.

3. Rechtliche Konsequenzen

- 3.1 Aenderung der Verkehrsregelnverordnung (VRV; SR 741.11). Wie unter Ziffer 2.5 dargelegt, sind die im Zusammenhang mit dem Ueberlauf stehenden Nacht- und Sonntagsfahrgewilligungen durch die Zentrale zu erteilen. Darum ist Artikel 92 Absatz 2 entsprechend zu ändern.
- 3.2 Aenderung der Delegationsverordnung (SR 172.011). In Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe e, welcher die Zuständigkeiten des BAP regelt, muss konsequenterweise der Vorbehalt der Kompetenz des BAV (gemäss Punkt 3.1 oben) ausdrücklich erwähnt werden. Zusätzlich ist der Artikel 24 Absatz 1, der die durch das BAV selbstständig zu erledigenden Geschäfte auflistet, mit einem neuen Buchstaben n zu ergänzen. Darin wird das BAV zur Erteilung der im Zusammenhang mit den Ueberlaufgenehmigungen stehenden Ausnahmen vom Nacht- und Sonntagsfahrverbot ermächtigt.

3.3 Aenderung der Gebührenverordnung des BAV (SR 742.102). In Artikel 8 Absatz 4 der Verwaltungsvereinbarung zum Transitabkommen wurde für die Erteilung einer Strassentransitgenehmigung der Grundsatz einer Gebührenerhebung festgelegt. Aus diesem Grund ist die Gebührenverordnung des BAV mit einem neuen Absatz 3 in Artikel 40 zu ergänzen. Dabei werden die folgenden Abstufungen eingeführt: Gebühren für eine Ueberlaufbewilligung, eine Ueberlaufbewilligung gekoppelt mit einer Nacht- oder Sonntagsfahrbewilligung und eine Ueberlaufbewilligung mit einer Nacht- und Sonntagsfahrbewilligung.

3.4 Neue Verordnung über die Verwaltungsmassnahmen bei Widerhandlungen gegen das gemäss Verwaltungsvereinbarung vorgesehene Ueberlaufsystem (VWTU). Die als Anhang 4 aufgeführte Verordnung sieht bei Widerhandlungen gegen das Ueberlaufsystem Verwarnungen und den zeitlichen Ausschluss vom Ueberlaufsystem vor. Dem gemischten Ausschuss wird jährlich eine Liste der nach Art, Anzahl und Staatsangehörigkeit aufgeschlüsselten Verstösse zugestellt, welche jedoch keine Bestimmbarkeit der Betroffenen beinhaltet.

4. Personelle und finanzielle Auswirkungen

Wir beziehen uns auf den Bundesratsbeschluss vom 1. Juli 1992, der dem BAV fünf Stellen definitiv zugeteilt hat. Vorläufig sind vier Personen (statt fünf) zur Ausbildung angestellt. Diese werden im Rahmen der dem EVED bewilligten Stellen abgedeckt. Weitere Kosten (Material, EDV) sind im Voranschlag 93 schon enthalten. Die Gebühreneinnahmen sind noch nicht berücksichtigt. Diese sollten kostendeckend anfallen. Eine separate Rubrik wird beim Kassen- und Rechnungswesen beantragt.

5. Weiteres Vorgehen

Aufgrund der bisherigen Verhandlungen kann direkt die Unterzeichnung der Vereinbarung anvisiert werden. Eine eigentliche Paraphierung des Abkommens drängt sich nicht auf. Nachdem der Rat der Verkehrsminister am 26. Oktober materiell und der Energierat am 30. November formell das Transitabkommen genehmigt haben und der Nationalrat voraussichtlich in der Dezember-Session ebenfalls die Genehmigung aussprechen wird, steht einer Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung noch in diesem Jahr nichts im Wege.

Das EVED wurde mit Beschluss vom 1. Juli 1992 ermächtigt, nach Konsultation des Bundesrates die Verwaltungsvereinbarung noch in diesem Jahr zu unterzeichnen.

Die Verwaltungsvereinbarung könnte damit wie vorgesehen gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des Transitvertrages Gültigkeit beanspruchen. Das Transitabkommen seinerseits tritt in Kraft, sobald die Vertragsparteien einander den Abschluss der erforderlichen Verfahren notifiziert haben. Dies sollte gegen Ende dieses Jahres ebenfalls möglich werden.

Damit bleibt im Hinblick auf die organisatorischen Vorkehren für den Vollzug nur noch die Einsetzung des gemischten Ausschusses offen. Wir haben diesbezüglich erste Vorgespräche mit der EG-Kommission geführt, eine Bereinigung hat aber noch nicht stattgefunden. Wir werden Ihnen darüber gesondert Antrag stellen.

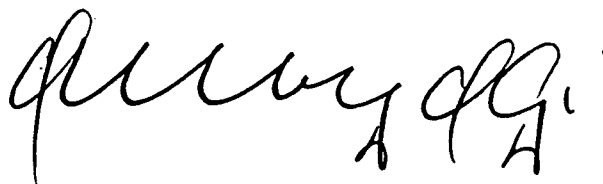
6. Aemterkonsultation

Die mitinteressierten Dienststellen wurden konsultiert und sind grundsätzlich mit dem Antrag einverstanden. Das BUWAL weist darauf hin, dass die Anzahl Genehmigungen und die Bedingung über die emissionsarmen Lastwagen in der Verwaltungsvereinbarung erwähnt werden sollten. Dies wurde während den Verhandlungen diskutiert und als überflüssig betrachtet, weil diese Voraussetzungen schon im Transitabkommen enthalten sind. Zudem umfasst die Verwaltungsvereinbarung das praktische Verfahren des Ueberlaufsystems. Eine Wiederholung der im Transitabkommen festgelegten Bedingungen (insbesondere die über die Anzahl Genehmigungen) könnte zur differenzierten Auslegung führen, was nicht wünschbar ist.

Die Forderung, das Datum der 1. Inverkehrsetzung im VWTU zu erwähnen, ist bereits erfüllt, da diese Voraussetzung unter den Begriff der technischen Daten des Fahrzeuges fällt.

Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND
ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



Adolf Ogi

Zur Veröffentlichung:

Amtliche Sammlung

Beilagen:

- Entwurf des Beschlussdispositivs
- Entwurf der Verwaltungsvereinbarung samt Anhängen
- Aenderung der Verkehrsregelnverordnung vom 13.11.62
- Aenderung der Delegationsverordnung vom 28.3.90
- Aenderung der Gebührenverordnung BAV vom 1.7.87

Zum Mitbericht an:

- BK
- EDA
- EDI
- EJPD
- EFD

Protokollauszug an:

- EVED 35 Ex.
- BK
- EDA
- EJPD
- EVD

Verwaltungsvereinbarung über die Anwendung des im Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz über den Schienen- und Strassengüterverkehr vorgesehenen Ueberlaufsystems

Aufgrund des Antrags des EVED vom 9. Dezember 1992

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Die Verwaltungsvereinbarung über die Anwendung des im Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz über den Schienen- und Strassengüterverkehr vorgesehenen Ueberlaufsystems wird genehmigt.
2. Der Chef des EVED, Bundesrat Adolf Ogi (oder eine von ihm beauftragte Person), wird ermächtigt, die Verwaltungsvereinbarung zu unterzeichnen.
3. Die Bundeskanzlei wird mit der Ausstellung der entsprechenden Vollmachten beauftragt.
4. Die Aenderungen der nachfolgend aufgeführten Verordnungen werden gutgeheissen und treten gleichzeitig mit dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Schienen- und Strassengüterverkehr (Transitabkommen) in Kraft:
 - Aenderung der Verkehrsregelnverordnung vom 13. November 1962;
 - Aenderung der Verordnung vom 28. März 1990 über die Zuständigkeit der Departemente und der ihnen unterstellten Amtsstellen zur selbstständigen Erledigung von Geschäften;

- Aenderung der Verordnung vom 1. Juli 1987 über die Gebühren im Aufgabenbereich des Bundesamtes für Verkehr.
-
5. Die Verordnung über die Verwaltungsmassnahmen bei Widerhandlungen gegen das im Transitabkommen und in der dazugehörigen Verwaltungsvereinbarung vorgesehene Ueberlaufsystem wird gutgeheissen und tritt gleichzeitig mit dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz über den Schienen- und Strassengüterverkehr in Kraft.
 6. Der für das Ueberlaufsystem erforderliche Personalbedarf ist im Rahmen der dem EVED bewilligten Stellen abzudecken.

Für getreuen Protokollauszug:

Veröffentlichung:

Amtliche Sammlung

28.11.1992

VERWALTUNGSVEREINBARUNG

Über die Anwendung des im Abkommen zwischen
der EG und der Schweiz über den
Schienen- und Straßengüterverkehr vorgesehenen Überlaufsystems

ÜBERSICHT

Artikel 1	Zweck
Artikel 2	Verwaltungszentrale
Artikel 3	Anwendungsbereich
Artikel 4	Beförderte Güter
Artikel 5	Ausschöpfung der Bahnkapazität im kombinierten Verkehr
Artikel 6	Reservationsverfahren
Artikel 7	Verfahren im Fall der Erschöpfung der Bahnkapazität im kombinierten Verkehr
Artikel 8	Genehmigungsverfahren
Artikel 9	Kontrollen
Artikel 10	Kontaktstelle
Artikel 11	Amtshilfe und Sanktionen
Artikel 12	Inkrafttreten

VERWALTUNGSVEREINBARUNG

Über die Anwendung des im Abkommen zwischen
der EG und der Schweiz über den
Schienen- und Straßengüterverkehr vorgesehenen Überlaufsystems

Gemäß Anhang 6, Ziffer II 3-4 des im Titel erwähnten Abkommens
haben die zuständigen Behörden

Für die Gemeinschaft :

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften

Für die Schweiz :

Das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement
(EVED)

Im Hinblick auf die Anwendung des vorgesehenen Überlaufsystems
folgende Regelungen vereinbart :

Artikel 1 : Zweck

Ziel der vorliegenden Vereinbarung ist es, die Modalitäten
festzulegen, nach denen die Schweiz auf der Achse Basel-Chiasso
für Straßenfahrzeuge Ausnahmen von der Begrenzung auf 28 t
Gesamtgewicht für Transitfahrten auf der Straße gewährt, wie es
das im Titel genannte Abkommen in Anhang 6 Ziffer II Abs. 3 u. 4
vorsieht. Für diese Ausnahmen wird ein Genehmigungssystem
eingeführt (nachfolgend Überlaufsystem genannt).

Artikel 2 : Verwaltungszentrale

Eine Verwaltungszentrale (nachfolgend Zentrale genannt), die den
Auftrag hat, die Genehmigungen (auch Überlaufgenehmigungen
genannt) für Straßenfahrzeuge nach dem Überlaufsystem zu
erteilen, wird in Bern vom Bundesamt für Verkehr eingerichtet und
geleitet.

- 2 -

Die Zentrale erteilt die Genehmigungen unter den Bedingungen und nach den Verfahren, die in den folgenden Bestimmungen festgelegt sind.

Artikel 3 : Anwendungsbereich

Die Genehmigungen werden nur für Straßenfahrzeuge erteilt, die in der Gemeinschaft zugelassen sind.

Artikel 4 : Beförderte Güter

- (1) Genehmigungen können nur für Transporte leicht verderblicher Güter oder anderer eilbedürftiger Sendungen erteilt werden.
- (2) Für die Bestimmung leicht verderblicher Güter wird auf die Liste Bezug genommen, die im Übereinkommen über Internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (ATP), festgelegt ist (Anhang 1).
- (3) Unter anderen eilbedürftigen Sendungen sind solche Güter zu verstehen, bei denen Verzögerungen deren substantiellen Wert vermindern oder solche Güter, die für eine Vermarktung oder Weiterverarbeitung zu einem bestimmten Zeitpunkt benötigt werden, der längerfristig nicht bekannt war.
- (4) Bei der Beförderung eilbedürftiger und leicht verderblicher Güter darf deren Mengenanteil an der Gesamtladung nicht den Charakter eines Vorwandes für die Eilbedürftigkeit haben.
- (5) Die Internationalen Vorschriften über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße und deren schweizerischen Ausführungsbestimmungen sind einzuhalten.

- 3 -

Artikel 5 : Ausschöpfung der Bahnkapazität im kombinierten Verkehr (auch KV genannt)

Die Ausschöpfung der Bahnkapazität betrifft sowohl den begleiteten kombinierten Verkehr (KV begl.) wie auch den unbegleiteten kombinierten Verkehr (KV unbegl.). Es gelten folgende Einzelheiten :

- (1) Es werden Terminals berücksichtigt, bei denen folgende Bedingungen erfüllt sind :
 - Das Terminal verfügt über mindestens eine tägliche Verbindung für den kombinierten Verkehr durch die Schweiz;
 - die Gesellschaften für den kombinierten Verkehr und andere Betreiber dieser Verkehrsart (nachfolgend Betreiber genannt), die das Terminal benutzen, bieten Ganzzüge oder spätestens zum Zeitpunkt der Reservation festgelegte fahrplanmäßige Teilzüge an;
 - das Terminal ist mit elektronischen Kommunikationsmitteln ausgestattet.
- (2) Anhang 2 enthält eine Liste mit den Terminals, die diese Bedingungen erfüllen. Diese wird im Zuge der Erfüllung der obengenannten Kriterien von dem in Artikel 18 des im Titel genannten Abkommens vorgesehenen Gemischten Ausschuss fortlaufend ergänzt.

Artikel 6 : Reservationsverfahren

- (1) Die Reservation eines Verladeplatzes auf einem Zug des kombinierten Verkehrs ist für die Spediteure, Güterkraftverkehrsunternehmen und den Werkverkehr (nachfolgend Verlader genannt) obligatorisch, wenn eine Teilnahme am Überlaufsystem angestrebt wird.

- 4 -

Reservationsanträge werden nur von Verladern angenommen, die über Fahrzeuge und Ladeeinheiten verfügen, die für den Kombiverkehr auf der entsprechenden Strecke geeignet sind.

- (2) Die Reservation muß bei den Betreibern frühestens 48 Stunden und spätestens 16 Stunden vor der Abfahrt des Zuges vorgenommen bzw. bestätigt werden. In vom Verloader zu begründenden Ausnahmefällen kann eine Reservation auch in weniger als 16 Stunden vor Abfahrt des Zuges erfolgen. Die Reservationen werden in der Reihenfolge ihres Eintreffens berücksichtigt. Im Fall von Sonn- und Feiertagen wird die Reservationsfrist auf die Öffnungszeit der Zentrale am vorausgehenden Werktag erweitert.
- (3) Wenn zum Zeitpunkt der Reservation vom Betreiber keine ursprünglich gewünschte KV-relevante Kapazität mehr angeboten werden kann, bestehen für den Verloader zunächst folgende Ausweichlösungen zum gewählten Bestimmungsort :
- Nächster Zug des gleichen Betreibers und des gleichen Terminals : dabei wird eine Wartezeit des Verloaders bis zu 5 Stunden auf den nächsten KV-relevanten Zug als angemessen erachtet.
 - Überführung zu einem Zug des gleichen Betreibers auf einen anderen Terminal : die Überführung ist angemessen, wenn sie in die vorgesehene Fahrtrichtung erfolgt, und wenn die Abfahrt des Zuges spätestens 4 Stunden nach der Abfahrt des ursprünglich gebuchten Zuges erfolgt und wenn sie
 - * Im unbegl. KV innerhalb von 50 km vom Ausgangsterminal erfolgen kann oder
 - * Im begl. KV bis zum nächsten relevanten Terminal genutzt werden kann. Gegenwärtig handelt es sich um die Terminalpaare Freiburg-Basel und Mailand-Lugano. Die Terminalpaare können gegebenenfalls vom Gemischten Ausschuss erweitert werden.

- 6 -

- Gleicher Zug des gleichen Terminals : gegebenenfalls bemüht sich der Verlader zu vergleichbaren Geschäftsbedingungen bei einem anderen Betreiber auf dem gleichen Zug um einen Platz.

- (4) Sind zum Zeitpunkt der Reservation die KV-Kapazitäten des Betreibers ausgebucht und keine Alternativlösungen möglich, kann eine Überlaufgenehmigung gemäß Artikel 8 beantragt werden.

Artikel 7 : Verfahren im Fall der Erschöpfung der Bahnkapazität im kombinierten Verkehr

- (1) Der Betreiber des KV stellt im Rahmen seiner Disposition fest, zu welchem Zeitpunkt sein Angebot an kombinierten Verkehrsleistungen erschöpft ist und weitere Kunden abgewiesen werden und warten müssen. Er informiert umgehend die Zentrale. Auf Verlangen teilt er dem abgewiesenen Verlader schriftlich die Erschöpfung seiner Kapazität mit.
- (2) Wenn der Betreiber des KV weniger als 24 Stunden vor Abfahrt des Zuges zum Ausfall des Zuges gezwungen wird, informiert er die Zentrale umgehend.

Artikel 8 : Genehmigungsverfahren

- (1) Der Verlader, der wegen der Erschöpfung des Angebotes keinen Platz erhalten und keine Alternativlösung wahrnehmen kann, oder einen bereits reservierten Platz wegen des aufgrund in Artikel 7.2. genannten Grundes nicht bekommt, stellt seinen Antrag auf eine Überlaufgenehmigung telefonisch oder schriftlich bei der Zentrale.
- (2) In diesen Zusammenhang sind der Zentrale die Angaben zu übermitteln, die in dem in Anhang 3 beigefügten Formular aufgeführt sind.

- 6 -

Fehlen verlangte Angaben, weist die Zentrale das Gesuch zur Vervollständigung an den Verlader zurück.

Die Genehmigung ist nicht übertragbar.

- (3) Die Zentrale entscheidet über die Genehmigungserteilung. Sie hat dabei auf eine möglichst flexible Abwicklung hinzuwirken. Sie muß eine beantragte Genehmigung erteilen, wenn alle Voraussetzungen dieser Verwaltungsvereinbarung erfüllt sind. Die vollständigen Anträge werden in Reihenfolge ihres Eingangs berücksichtigt.

Sie teilt dem Antragsteller ihre Entscheidung über den Genehmigungsantrag spätestens binnen 2 Stunden nach dem Zeitpunkt der Antragstellung telefonisch oder per Telefax mit.

- (4) Im Falle eines positiven Entscheids erhält der Verlader an der Zollstation in Basel-Weil, Basel-St. Louis oder in Chiasso Strada (Brogeda Autostrada; Brogeda Merid) die amtliche Urkunde für den Transit durch die Schweiz.

Für die Erteilung einer Straßentransitgenehmigung durch die Schweiz wird bei der Zollstation eine Gebühr im Gegenwert von 60 SF erhoben.

Die Ablehnung der Genehmigung ist durch die Zentrale dem Antragsteller zu begründen. Die Entscheidung wird auf Verlangen schriftlich zugestellt und mit einer Rechtsmittelbelehrung versehen.

- 7 -

Artikel 9 : Kontrollen

- (1) Die Zentrale ist berechtigt, bei den Betreibern des KV Auskunft zu erhalten, ob der Verladende, der um eine Genehmigung nachsucht, einen Antrag auf eine Reservierung gestellt hat.
- (2) Zu diesem Zweck, ist der Betreiber nach Erschöpfung seines Angebots verpflichtet, die Reservierungsanträge zu registrieren (Name des Unternehmers, Standort und Zeitpunkt der Antragsstellung).
- (3) Die Zollstation in Basel oder in Chiasso gibt die schriftliche Genehmigung aus, verlangt sie beim Verlassen der Schweiz wieder, erhebt die Gebühr und überprüft die gemäß Artikel 8 (2) und Anhang 3 verlangten Angaben auf ihre Richtigkeit. Bei falschen Angaben, die offensichtlich nicht auf Übertragungsfehlern beruhen, wird die Genehmigung nicht ausgehändigt.
- (4) Der Besitz einer Überlaufgenehmigung entbindet den Verladenden nicht vom Einholen einer besonderen Genehmigung für Ausnahmen vom schweizerischen Nacht- und Sonntagsfahrverbot. Diese wird, sofern die Voraussetzungen erfüllt sind, für Fahrten im Zusammenhang mit einer Überlaufgenehmigung ebenfalls von der Zentrale erteilt.

Artikel 10 : Kontaktstelle

Die Vertragsparteien verfolgen die reibungslose Durchführung des Überlaufsystems. Sie können die zur Abwicklung des Systems notwendigen Papiere der Zentrale einsehen. Der Gemischte Ausschuss wird laufend über die Ergebnisse informiert.

Die Vertragsparteien überprüfen zuerst 6 Monate nach Inkrafttreten, dann regelmäßig, ob Veränderungen am Verfahren vorzunehmen sind.

- 8 -

Artikel 11 : Amtshilfe und Sanktionen

Für den Fall von Widerhandlungen gegen die Vereinbarung werden auf schweizerischer Ebene Sanktionen vorgesehen. Diese sind in der bundesrätlichen Vollzugsverordnung über die Verwaltungsmaßnahmen bei Widerhandlungen gegen das im Transitabkommen und in der dazugehörigen Verwaltungsvereinbarung vorgesehene Überlaufsystem (VWÜS) definiert. (Anhang 4).

Bei der Verfolgung von Fällen des Verstoßes oder Mißbrauchs des Systems leisten sich die Behörden der Schweiz und der EG jeweils Amtshilfe. Der Gemischte Ausschuß wird über jeden festgestellten Mißbrauch informiert.

Artikel 12 : Inkrafttreten

Diese Verwaltungsvereinbarung tritt gleichzeitig mit dem Transitabkommen in Kraft.

Geschehen zu, am

In

Für das Eidgenössische Verkehrs-
und Energiewirtschaftsdepartement:

Für die Kommission der
Europäischen Gemeinschaften

Anhang 1

**Liste der nach Artikel 4(2) vorgesehenen
leichtverderblichen Waren**

- halbgefrorene und tiefgefrorene Waren, insbesondere:
 - . Eiscreme
 - . Fische, auf Fischbasis hergestellte Produkte
 - . Weich- und Schalentiere
 - . Butter
 - . konzentrierte Fruchtsäfte
- Innereien
- Wild
- Milch im Tank (frisch oder pasteurisiert) zum sofortigen Gebrauch bestimmt
- Industriemilch
- Milchprodukte (Joghurt, Kefir, Sahne und Frischkäse)
- Fleischprodukte, ausgenommen Produkte, die haltbar gemacht wurden durch Pökeln, Räuchern, Trocknen und Sterilisieren
- Fleisch
- Geflügel und Hasen
- Fisch, Weich- und Schalentiere
- Früchte und Gemüse

Schnittblumen werden ebenfalls als leichtverderbliche Waren betrachtet.

Anhang II

Liste der nach Artikel 5 vorgesehen TerminalsBegleiteter Verkehr / Transport accompagné.

Terminals/Terminaux: (D) Freiburg / Rielasingen
 (CH) Basel/Lugano
 (I) Milano Greco Pirelli

Relationen:

Freiburg	-	Milano Greco	4 Züge/trains
Freiburg	-	Lugano	2 Züge/trains
Rielasingen	-	Milano Greco	4 Züge/trains
Basel	-	Lugano	4 Züge/trains

Unbegleiteter Verkehr / Transport non accompagné

Terminals/Terminaux: (D) Frankfurt/Duisburg/Koeln/Mannheim
 Neu Ulm/ Hamburg / Kelzingen
 (CH) Basel
 (I) Rogorato/Busto/Certosa/Dasio
 Bologna
 (NL) Rotterdam

Relationen:

Hamburg	-	Milano Rog.	1 Gruppe/groupe
Koeln	-	Milano Rog.	1 Gruppe/groupe
Koeln	-	Bologna	1 Gruppe/groupe
Frankfurt	-	Milano Rog.	1 Gruppe/groupe
Duisburg	-	Busto	2 Shuttles
Koeln	-	Busto	6 Shuttles
Mannheim	-	Busto	4 Shuttles
Neu Ulm	-	Certosa	2 Züge/Trains
Basel	-	Dasio	2 Züge/Trains
Rielasingen	-	Certosa	
Rotterdam	-	Mailand	



BUNDESAMT FÜR VERKEHR
OFFICE FÉDÉRAL DES TRANSPORTS
UFFICIO FEDERALE DEI TRASPORTI
UFFIZI FEDERAL DA TRAFFIC

Anhang III

Berner Zentrale

Telefax +41 31 42 26 20 ☎ +41 31 42 40 14
ab 25.9.93 +41 31 322 26 20 +41 31 322 40 14

Genehmigungsantrag für einen Transport mit Übergewicht durch die Schweiz

Firma:

Adresse:

Plz.: Ort: Land:

Telefax: Telefon:

Transportdatum und -zeit:

Art des Gutes:

gegebenenfalls Dringlichkeitsgrund:

Fahrzeugsgesamtgewicht:

Einreisezollamt: Ausreisezollamt:

Reservation bei einer Gesellschaft für den kombinierten Verkehr

Gesellschaft:

Datum/Zeit:

ev. Zugnummer:

War das Fahrzeug, für das man sich um eine Reservation bemüht hat, für den Kombiverkehr
auf der entsprechenden Strecke geeignet? Kontrollschild des Fahrzeuges:

Beladeterminale:

Abladeterminale:

Ausweichzüge vorhanden? ja / nein

Ausweichterminals vorhanden? ja / nein

Zugfahrzeug	Anhänger/Auflieger
Kontrollschild:	Kontrollschild:
Art:	Art:
Landeskennzeichen:	Landeskennzeichen:
Marke:	Marke:
Datum der 1. Inverkehrssetzung:	

wird eine Ausnahme vom Sonntagsfahrverbot beantragt? ja / nein

wird eine Ausnahme vom Nachtfahrverbot beantragt? ja / nein

Datum: Unterschrift:

UNVOLLSTÄNDIG EINGEREICHTE GESUCHE WERDEN ZURÜCKGEWIESEN!

Verordnung über die Verwaltungsmassnahmen bei Widerhandlungen gegen das im Transitabkommen und in der dazugehörigen Verwaltungsvereinbarung vorgesehene Ueberlaufsystem (VWTU)

vom1992

Der schweizerische Bundesrat,

in Ausführung des Abkommens vom ...¹⁾ zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz über den Schienen- und Strassengüterverkehr (Transitabkommen) und der dazugehörigen Verwaltungsvereinbarung vom ...²⁾ über die Anwendung des im Transitabkommen vorgesehenen Ueberlaufsystems,

verordnet:

Art. 1 Geltungsbereich

Diese Verordnung regelt die Verwaltungsmassnahmen bei Widerhandlungen von Verladern und Betreibern des kombinierten Verkehrs gegen das Ueberlaufsystem, welches im Transitabkommen und in der dazugehörigen Verwaltungsvereinbarung vorgesehenen ist.

Art. 2 Tatbestände

Gegen das Ueberlaufsystem verstösst, wer:

- a. falsche Angaben über die technischen Daten des Fahrzeuges, die Art und Menge der beförderten Güter, das Ladegewicht, das Betriebsgewicht, den Bestimmungsort oder die Transportroute macht;
- b. eine Strassentransitgenehmigung insbesondere durch ungerechtfertigte Reservationen erschleicht, oder
- c. in anderer Weise das System missbraucht, insbesondere durch falsche Angaben über die Ausschöpfung der Bahnkapazität, die Auslastung der Terminals oder die Ausweichmöglichkeiten.

Art. 3 Verwarnung

Bei erstmaligem oder leichtem Verstoß gegen das Ueberlaufsystem kann das Bundesamt für Verkehr eine Verwarnung aussprechen.

1) AS... (BB1 1992 III 1089)
2) SR ...

VII/603/92-FR

Orig. : DE

CONVENTION ADMINISTRATIVE
fixant les modalités d'application du système d'exemptions
prévu par l'accord relatif
au transport de marchandises par route et par rail
conclu entre la Communauté et la Suisse

NB Le texte des négociations est le texte allemand.

Cette traduction française est un projet émanant de la Commission des C.E.

Elle sera revue et améliorée par les parties contractantes.

Art. 4 Ausschluss

Verstösst ein Verlader oder Betreiber wiederholt gegen das Ueberlaufsystem, so kann ihn das Bundesamt für Verkehr für eine Dauer von bis zu fünf Jahren davon ausschliessen.

Art. 5 Rechtsmittel

Gegen die Verwarnung und gegen den Ausschluss vom Ueberlaufsystem kann Beschwerde beim eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement erhoben werden. Das Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren (VwVG) ³⁾ ist anwendbar.

Art. 6 Mitteilung

- 1 Der Entscheid über die Verwarnung und den Ausschluss vom Ueberlaufsystem ergeht in Form einer begründeten Verfügung, welche eine Rechtsmittelbelehrung zu enthalten hat.
- 2 Die Bekanntgabe an Dritte von Personendaten, welche Entscheide über eine Verwarnung oder einen Ausschluss betreffen, ist ausgeschlossen.
- 3 Vorbehalten bleibt die jährlich zu erstellende statistische Liste der vom System ausgeschlossenen Verloader und Betreiber. Sie wird aufgeschlüsselt nach Staaten vom Bundesamt für Verkehr dem gemischten Ausschuss zugestellt.
- 4 Diese Liste enthält einzig Angaben über die Art und die Anzahl der Verstösse, ohne dass die betroffenen Personen bestimmbar sind.

Art. 7 Aenderung bisherigen Rechts

Die Verordnung vom 1. Juli 1987⁴⁾ über die Gebühren im Aufgabenbereich des Bundesamtes für Verkehr wird wie folgt geändert:

Art. 40 a (neu)

Die Gebühr für die Verwarnung oder den Ausschluss vom Ueberlaufsystem beträgt je nach Arbeitsaufwand zwischen 100 und 1000 Franken.

Art. 8 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt gleichzeitig mit dem Transitabkommen in Kraft.

.....

Im Namen des schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident:

Der Bundeskanzler:

3) SR 172.021
4) SR 742.102

- 1 -

VII/603/92-FR

CONVENTION ADMINISTRATIVE
fixant les modalités d'application du système d'exemptions
prévu par l'accord relatif
au transport de marchandises par route et par rail
conclu entre la Communauté et la Suisse

Conformément à l'annexe 6, point II paragraphes 3 et 4 de l'accord visé dans le titre de la présente convention, les autorités compétentes, à savoir

pour la Communauté :

la Commission des Communautés européennes

et

pour la Suisse

le département fédéral des transports, des communications et de l'énergie (DFTCE)

sont convenues des modalités d'application suivantes du système d'exemptions.

Article premier : objectifs

La présente convention a pour objectif de fixer les modalités d'octroi par la Suisse, pour le transit à travers la Suisse sur l'axe Bâle-Chiasso, des exemptions de la limite des 28 tonnes visées dans l'annexe 6 point II paragraphes 3 et 4 de l'accord cité dans le titre de la présente convention. Un système d'autorisations, appelé ci-après système de surplus, est instauré pour ces exemptions.

Article 2 : centrale administrative

L'Office fédéral des transports crée et dirige à Berne une centrale administrative, appelée ci-après centrale, chargée de délivrer les

- 2 -

VII/603/92-FR

autorisations, dites aussi autorisations de surplus, matérialisant les exemptions prévues par le système de surplus en faveur des véhicules routiers.

La centrale délivre les autorisations dans les conditions et selon la procédure fixées ci-après.

Article 3 : champ d'application

Les autorisations ne peuvent être délivrées que pour des véhicules routiers immatriculés dans la Communauté.

Article 4 : marchandises transportées

(1) Les autorisations ne peuvent être délivrées que pour le transport de denrées périssables ou d'autres envois urgents.

(2) Par denrées périssables, il y a lieu d'entendre les produits énumérés dans la liste qui figure dans l'accord relatif aux transports internationaux de denrées périssables et aux engins spéciaux à utiliser pour ces transports (ATP). Cette liste est reproduite dans l'annexe I à la présente convention.

(3) Par envois urgents, il y a lieu d'entendre les envois de marchandises dont des retards sont de nature à réduire la valeur ou qui doivent se trouver à un moment qui n'était pas connu avant l'envoi en un endroit donné pour y être commercialisées ou transformées.

(4) Les denrées périssables et les envois urgents ne doivent pas représenter une fraction du chargement total telle qu'elle apparaisse comme un simple prétexte pour justifier l'urgence.

(5) Les règles internationales relatives au transport de marchandises dangereuses par route et leurs dispositions suisses d'application doivent être respectées.

Article 5 : saturation des capacités ferroviaires
en transport combiné (TC)

La saturation des capacités ferroviaires peut atteindre le transport combiné tant de véhicules accompagnés (TCa) que de véhicules non accompagnés (TCna). Le degré de saturation est déterminé dans les conditions suivantes :

(1) Les terminaux dont il est tenu compte doivent :

- offrir au moins une relation de transport combiné par jour avec la Suisse;
- accueillir des entreprises de transport combiné ou d'autres utilisateurs de ce mode de transport, appelés ci-après exploitants, qui font circuler des trains complets ou, au plus tard au moment de la réservation, des tranches de wagons selon des horaires fixes;
- être équipés de moyens de communication électroniques.

(2) L'annexe 2 contient une liste des terminaux qui répondent à ces conditions. Le comité mixte institué en vertu de l'article 18 de l'accord visé dans le titre de la présente convention complète régulièrement cette liste en y ajoutant les nouveaux terminaux qui réunissent les conditions requises.

Article 6 : réservations

(1) Les commissionnaires de transport, les entreprises de transport de marchandises par route et les entreprises qui effectuent du transport pour compte propre, appelés ci-après les chargeurs, qui souhaitent participer au système de surplus doivent obligatoirement réserver une place sur un train de transport combiné.

Les demandes de réservation ne sont acceptées que si elles émanent de chargeurs disposant de véhicules et d'unités de chargement acheminables en transport combiné sur le tronçon considéré.

(2) La réservation doit être effectuée ou confirmée auprès des exploitants au plus tôt 48 heures et au plus 16 heures avant le départ du train. Une réservation peut également, dans des cas dûment justifiés par le chargeur, s'effectuer moins de 16 heures avant le départ du train. Les demandes de réservation sont traitées dans l'ordre de leur arrivée. Si le début ou la fin du délai de réservation tombe un dimanche ou un jour férié, le délai est prolongé des heures pendant lesquelles la centrale est ouverte le jour ouvrable précédent.

(3) Si, au moment de la réservation, l'utilisateur ne peut plus offrir les capacités appropriées souhaitées de transport combiné, le chargeur dispose des solutions de remplacement suivantes pour rejoindre son lieu de destination :

- train suivant du même exploitant au départ du même terminal : une attente de six heures jusqu'au train de transport combiné suivant est considérée comme acceptable;
- transfert sur un autre train du même exploitant au départ d'un autre terminal : le transfert est acceptable s'il s'effectue dans le sens prévu du déplacement, si le train ne démarre pas plus de quatre heures après l'heure de départ du train pour lequel la réservation avait été faite et si
 - * en TCna, la distance à parcourir depuis le terminal initial n'excède pas 50 km ou
 - * en TCa, la distance à parcourir jusqu'au terminal approprié suivant n'est pas excessive. Il s'agit à l'heure actuelle des paires de terminaux Fribourg-Bâle et Milan-Lugano. Le comité mixte peut, le cas échéant, y ajouter d'autres paires de terminaux;

- même train au départ du même terminal : le chargeur s'efforce d'obtenir, à des conditions commerciales comparables, une place sur le même train auprès d'un autre exploitant.

(4) SI les capacités de TC sont saturées au moment de la réservation et s'il n'y a pas de solution de remplacement, une autorisation de surplus peut être demandée conformément aux dispositions de l'article 8.

Article 7 : procédure à suivre en cas de saturation des capacités ferroviaires de transport combiné

(1) L'exploitant détermine, sur la base de son plan d'exploitation, à quel moment il devra considérer ses capacités de transport combiné comme saturées et sera contraint de refuser d'autres clients et de les faire attendre. Il en informe immédiatement la centrale. Il informe sur demande le chargeur éconduit de la saturation de ses capacités.

(2) Quand l'exploitant est contraint de supprimer le train moins de 24 heures avant son départ, il en informe la centrale sans délai.

Article 8 : procédure d'octroi des autorisations

(1) Le chargeur que l'épuisement de l'offre empêche d'obtenir une place sur le train et qui ne dispose d'aucune solution de remplacement ou qui n'obtient pas une place réservée pour les raisons visées à l'article 7 paragraphe 2 demande par écrit ou par téléphone une autorisation de surplus à la centrale.

(2) Il est obligatoire, dans ce cas, de transmettre à la centrale les données qui figurent sur le formulaire reproduit dans l'annexe 3.

- 7 -

VII/603/92-FR

Si certaines données requises font défaut, la centrale renvoie la demande au chargeur qui doit la compléter.

L'autorisation est incessible.

(3) La centrale se prononce sur la demande d'autorisation, en faisant preuve du plus de souplesse possible. Elle doit délivrer l'autorisation demandée si toutes les conditions prévues par la présente convention administrative sont réunies. Les demandes sont traitées dans l'ordre où elles ont été reçues.

La centrale informe, par téléphone ou par télécopie, l'auteur de la demande de la suite qui lui a été réservée dans les deux heures qui suivent l'heure à laquelle elle a été introduite.

(4) Si la suite réservée à la demande est positive, le chargeur reçoit l'acte officiel autorisant le transit à travers la Suisse au poste de douane de Bâle-Weil, de Bâle-St-Louis ou de Chiasso Strada (Brogeda Autostrada; Brogeda Merci).

Une taxe de 50 SF est due au poste de douane pour la délivrance d'une autorisation de transit par route.

La centrale doit informer l'auteur de la demande des raisons pour lesquelles elle a été rejetée. Le rejet motivé est, sur demande, communiqué par écrit.

Article 9 : contrôles

(1) La centrale peut exiger des exploitants qu'ils lui indiquent si les chargeurs qui demandent une autorisation ont introduit une demande de réservation.

(2) L'exploitant est à cette fin tenu, quand son offre est saturée, d'enregistrer les demandes de réservation (nom de l'entreprise, lieu d'établissement et heure d'introduction de la demande).

(3) Le poste de douane de Bâle ou de Chiasso délivre l'autorisation écrite, se fait remettre cette autorisation au sortir de la Suisse, prélève la taxe et contrôle l'exactitude des données requises en vertu de l'article 8 paragraphe 2 et de l'annexe 3. La centrale ne délivre pas l'autorisation si elle trouve dans les données des inexactitudes qui ne sont pas imputables à des erreurs de transmission.

(4) La possession d'une autorisation de dépassement ne dispense pas le chargeur de solliciter une exemption de l'interdiction suisse de circuler la nuit et le dimanche. Cette exemption est également accordée par la centrale, si toutes les conditions requises sont réunies, pour des courses effectuées sous le couvert d'une autorisation de surplus.

Article 10 : contacts entre les parties

Les parties veillent au bon fonctionnement du système de surplus. Elles peuvent contrôler les dossiers constitués à cet effet par la centrale. La commission mixte est régulièrement informée des résultats.

Les parties vérifient, pour la première fois six mois après l'entrée en vigueur et ensuite régulièrement, s'il y a lieu de modifier la procédure.

Article 11 : assistance administrative et sanctions

Les infractions aux dispositions de la présente convention sont sanctionnées au niveau suisse. Les sanctions sont définies dans l'ordonnance du conseil fédéral sur les mesures administratives concernant les infractions au système de surplus prévu dans l'accord sur le transit et à l'arrangement administratif dit ici convention administrative y relatif (OITS) (annexe 4).

Les autorités administratives de la Suisse et de la Communauté se prêtent mutuellement assistance pour la poursuite des cas d'usage abusif ou illicite du système. Le comité mixte est informé de tous les cas constatés.

Article 12 : entrée en vigueur

La présente convention administrative entre en vigueur en même temps que l'accord sur le transit.

Fait à ..., le ...

Pour le département fédéral des
transports, des communications
et de l'énergie

Pour la Commission des
Communautés européennes

Annexe 1

Liste des denrées périssables prévue à l'article 4(2)

- les denrées surgelées et congelées, en particulier :
 - . crèmes glacées
 - . poissons, produits préparés à base de poisson, mollusques et crustacés
 - . beurre
 - . jus de fruits concentrés
- abats rouges
- gibier
- lait en citerne (cru ou pasteurisé) destiné à la consommation immédiate
- lait industriel
- produits laitiers (yaourts, kéfirs, crème et fromage frais)
- produits préparés à base de viande, à l'exclusion des produits stabilisés par salaison, fumage, séchage ou stérilisation
- viande
- volailles et lapins
- poisson, mollusques et crustacés
- fruits et légumes

Les fleurs coupées sont aussi considérées comme marchandises périssables.

Annexe II
~~Anhang IZ~~

Liste des terminaux prévus à l'art. 5

Liste der nach Artikel 5 vorgesehen Terminals

Begleiteter Verkehr / Transport accompagné.

Terminals/Terminaux: (D) Freiburg / Rielasingen
 (CH) Basel/Lugano
 (I) Milano Greco Pirelli

Relationen:

Freiburg	-	Milano Greco	-	4	Züge/trains
Freiburg	-	Lugano		2	Züge/trains
Rielasingen	-	Milano Greco		4	Züge/trains
Basel	-	Lugano		4	Züge/trains

Unbegleiteter Verkehr / Transport non accompagné

Terminals/Terminaux: (D) Frankfurt/Duisburg/Koeln/Mannheim
 Neu Ulm/ Hamburg/*Rielasingen*
 (CH) Basel
 (I) Rogorodo/Busto/Certosa/Dasio
 Bologna
 (NL) Rotterdam

Relationen:

Hamburg	-	Milano Rog.	1	Gruppe/groupe
Koeln	-	Milano Rog.	1	Gruppe/groupe
Koeln	-	Bologna	1	Gruppe/groupe
Frankfurt	-	Milano Rog.	1	Gruppe/groupe
Duisburg	-	Busto	2	Shuttles
Koeln	-	Busto	6	Shuttles
Mannheim	-	Busto	4	Shuttles
Neu Ulm	-	Certosa	2	Züge/Trains
Basel	-	Dasio	2	Züge/Trains
Rielasingen	-	Certosa		
Rotterdam	-	Mailand		

BUNDESAMT FÜR VERKEHR 30-11-92 18-31

31-1016524

32-2-2368358



BUNDESAMT FÜR VERKEHR
OFFICE FÉDÉRAL DES TRANSPORTS
UFFICIO FEDERALE DEI TRASPORTI
UFFIZI FEDERAL DA TRAFFIC

Dinner 3

Centrale de Berne

Téléfax +41 31 42 26 20

+41 31 42 40 14

dés le 25.9.93 +41 31 322 26 20

+41 31 322 40 14

Demande d'autorisation pour un transport avec poids excédentaire à travers la Suisse

Entreprise:

Adresse:

NAP: Lieu: Pays:

Téléfax: Téléphone:

Date et heure du transport:

Genre de marchandise:

Le cas échéant, motif de l'urgence:

Poids global du véhicule:

Bureau de douane à l'entrée: à la sortie:

Réservation auprès d'une société de trafic combiné

Société:

Date/heure:

Le cas échéant, numéro du train:

Le véhicule se prêtait-il, lors de la réservation, au transport combiné sur le parcours défini?

oui / non Plaque d'immatriculation de ce véhicule:

Terminal de chargement:

Terminal de déchargement:

Trains de remplacement? oui / non

Terminaux de remplacement? oui / non

Véhicule tracteur	Remorque/semi-remorque
Plaque d'immatriculation:	Plaque d'immatriculation:
Type:	Type:
Signe distinctif du pays:	Signe distinctif du pays:
Marque:	Marque:
Date de la 1ère mise en service:	

Demande-t-on une dérogation à l'interdiction de circuler le dimanche? oui / non

Demande-t-on une dérogation à l'interdiction de circuler la nuit? oui / non

Date: Signature:

LES DEMANDES INCOMPLETES SONT REFUSEES!

Ordonnance sur les mesures administratives concernant les infractions au système de surplus prévu dans l'accord sur le transit et dans l'arrangement administratif y relatif (OITS)

du1992

Le Conseil fédéral suisse,

en application de l'Accord du ...¹⁾ entre la Communauté européenne et la Suisse relatif au trafic de marchandises par rail et par route (accord sur le transit) et l'arrangement administratif du ...²⁾ sur l'application du système de surplus prévu dans l'accord sur le transit,

arrête

Article premier Champ d'application

La présente ordonnance régit les mesures administratives applicables aux infractions que les transporteurs et les opérateurs de transport combiné commettent à l'encontre du système de surplus prévu dans l'accord de transit et dans l'arrangement administratif y relatif.

Art. 2 Faits constitutifs de l'infraction

- a. Celui qui remet des indications inexactes sur les données du véhicule, le genre et le volume des marchandises acheminées, la charge utile, le poids total du véhicule, la destination ou l'itinéraire,
- b. qui obtient indûment une autorisation de transit routier en procédant notamment à des réservations injustifiées, ou
- c. qui abuse du système d'une autre manière, notamment en fournissant des données inexactes sur la saturation de la capacité ferroviaire, l'utilisation des terminaux ou les possibilités alternatives

enfreint le système de surplus.

Art. 3 Avertissement

Lorsqu'il s'agit d'une première infraction ou d'une légère infraction à l'encontre du système de surplus, l'Office fédéral des transports peut prononcer un avertissement.

1) RS... (FF 1992 III 1089)
2) RS ...

Art. 4 Exclusion

Si un transporteur ou un opérateur enfreint le système de surplus à plusieurs reprises, l'Office fédéral des transports peut l'en exclure pendant cinq ans au maximum.

Art. 5 Voies de droit

L'avertissement ou l'exclusion du système de surplus peut faire l'objet d'un recours auprès du Département fédéral des transports, des communications et de l'énergie. La loi fédérale sur la procédure administrative (PA)³⁾ est applicable.

Art. 6 Communication

¹ Le prononcé de l'avertissement ou de l'exclusion du système de surplus doit être établi sous forme d'une décision motivée comprenant une indication des voies de droit.

² Toute communication à des tiers de données personnelles relatives aux décisions d'avertissement ou d'exclusion est exclue.

³ Est réservée la présentation annuelle par l'Office fédéral des transports au comité mixte de la liste statistique par pays des transporteurs et opérateurs de transport combiné exclus du système.

⁴ Cette liste ne contient que les données afférentes au nombre et au type d'infractions commis, sans que l'identité des personnes concernées puisse être établie.

Art. 7 Modification de l'ancien droit

L'ordonnance du 1er juillet 1987⁴⁾ sur les émoluments relatifs aux tâches de l'Office fédéral des transports est complétée comme il suit:

Article 40 a (nouveau)

L'émolument concernant l'avertissement ou l'exclusion du système de surplus est compris entre 100 et 1000 francs, suivant la quantité de travail.

Art. 8 Entrée en vigueur

La présente ordonnance entre en vigueur simultanément avec l'Accord sur le transit.

.....

Au nom du Conseil fédéral

Le président de la Confédération:

Le chancelier de la Confédération:

3) RS 172.021
4) RS 142.102

Verkehrsregelnverordnung (VRV)

Aenderung vom ...

Der Schweizerische Bundesrat

verordnet:

I

Die Verkehrsregelnverordnung vom 13. November 1962¹⁾ wird wie folgt geändert:

Art. 92, Abs. 2

² Der Standortkanton oder der Kanton, wo die bewilligungspflichtige Fahrt beginnt, erteilt die Ausnahmegewilligung mit Gültigkeit für die ganze Schweiz. Die Zuständigkeit des Standortkantons entfällt, wenn sein Gebiet nicht berührt wird. Für Fahrzeuge des Bundes ist das BAP zuständig; es kann auch über Gesuche aus dem Ausland entscheiden. Für Gesuche um Einzelbewilligungen im Zusammenhang mit einer Ueberlaufgenehmigung gemäss dem Abkommen vom ...²⁾ zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz über den Schienen- und Strassengüterverkehr (Transitabkommen) ist das Bundesamt für Verkehr zuständig.

Art. 93, Abs. 3^{bis}

^{3bis} Wird die Bewilligung für Gesuche um Einzelbewilligungen im Zusammenhang mit einer Ueberlaufgenehmigung gemäss dem Abkommen vom ...³⁾ zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz über den Schienen- und Strassengüterverkehr (Transitabkommen) verweigert, so kann innert 30 Tagen Beschwerde an das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement erhoben werden.

II

Diese Aenderung tritt gleichzeitig mit dem Transitabkommen in Kraft.

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident:

Der Bundeskanzler:

1) SR 741.11
2) SR ...
3) SR ...

Ordonnance sur les règles de la circulation routière (O sur la circulation routière OCR)

Modification du ...

Le Conseil fédéral suisse

arrête:

I

L'Ordonnance du 13 novembre 1962 sur les règles de la circulation routière¹⁾ est modifiée comme il suit:

Article 92, alinéa 2

²Le canton de stationnement ou le canton où commence la course soumise à autorisation délivre l'autorisation exceptionnelle, qui est valable pour toute la Suisse. Le canton de stationnement n'est toutefois pas compétent lorsque son territoire ne sera pas emprunté. S'il s'agit d'un véhicule de la Confédération, l'Office fédéral de la police est compétent; il peut aussi se prononcer sur des demandes émanant de l'étranger. Vu l'Accord entre la Communauté européenne et la Suisse relatif au trafic de marchandises par rail et par route (Accord sur le transit)²⁾, l'Office fédéral des transports est compétent pour les demandes d'autorisations isolées en rapport avec une autorisation inhérente au système de surplus.

Article 93, alinéa 3^{bis}

^{3bis} En cas de refus d'une demande d'autorisation isolée en relation avec une autorisation de surplus selon l'Accord entre la Communauté européenne et la Suisse relatif au trafic de marchandises par rail et par route (accord de transit), un recours peut être adressé dans les 30 jours au Département fédéral des transports, des communications et de l'énergie.

II

La présente modification entre en vigueur simultanément avec l'Accord sur le transit.

Au nom du Conseil fédéral suisse:

Le président:

Le chancelier de la Confédération:

1) RS 741.11
2) RS ...

Verordnung über die Zuständigkeit der Departemente und der ihnen unterstellten Amtsstellen zur selbständigen Erledigung von Geschäften (Delegationsverordnung)

Aenderung vom ...

Der Schweizerische Bundesrat

verordnet:

I

Die Verordnung vom 28. März 1990 über die Zuständigkeit der Departemente und der ihnen unterstellten Amtsstellen zur selbständigen Erledigung von Geschäften¹⁾ wird wie folgt geändert:

Art. 11, Abs. 1, Best. e

¹ Das Bundesamt für Polizeiwesen wird zur selbständigen Erledigung nachstehender Geschäfte ermächtigt:

- e. Gewährung der in den Verordnungen und Bundesratsbeschlüssen zum Strassenverkehrsgesetz vorgesehenen Ausnahmen, soweit nicht das Bundesamt für Verkehr zuständig ist; das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement kann sich wichtige Entscheidungen vorbehalten.

Art. 24, Abs. 1, Best. n (neu)

¹ Das Bundesamt für Verkehr wird zur selbständigen Erledigung nachstehender Geschäfte ermächtigt:

- n. Die Erteilung der in Zusammenhang mit den Ueberlaufgenehmigungen nach Best. m stehenden Ausnahmegewilligungen betreffend Nacht- und Sonntagsfahrverbot.

II

Diese Aenderung tritt gleichzeitig mit dem Abkommen vom ...²⁾ zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz über den Schienen- und Strassenverkehr (Transitabkommen) in Kraft.

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident:

Der Bundeskanzler:

1) SR 172.011
2) SR ...

Ordonnance donnant aux départements et aux services qui leur sont subordonnés la compétence de régler certaines affaires (O sur la délégation de compétences)

Modification du ...

Le Conseil fédéral suisse

arrête:

I

L'Ordonnance du 28 mars 1990 donnant aux départements et aux services qui leur sont subordonnés la compétence de régler certaines affaires¹⁾ est modifiée comme il suit:

Art. 11, 1er alinéa, lettre e

¹ L'Office fédéral de la police est autorisé à régler les affaires suivantes:

- e. L'octroi des dérogations prévues par les ordonnances et les arrêtés du Conseil fédéral relatifs à la loi sur la circulation routière, sous réserve des compétences de l'Office fédéral des transports; le Département fédéral de justice et police peut se réserver d'importantes décisions.

Article 24, 1er alinéa, lettre n (nouveau)

¹ L'Office fédéral des transports est autorisé à régler les affaires suivantes:

- n. L'octroi des autorisations de déroger à l'interdiction de circuler la nuit et le dimanche, en rapport avec les autorisations inhérentes au système de surplus selon la lettre m.

II

La présente modification entre en vigueur simultanément avec l'Accord du ...²⁾ entre la Communauté européenne et la Suisse relatif au trafic de marchandises par rail et par route (Accord sur le transit).

Au nom du Conseil fédéral suisse:

Le président:

Le chancelier de la Confédération:

1) RS 172.011
2) RS ...

Verordnung über die Gebühren im Aufgabenbereich des Bundesamtes für Verkehr (Gebührenverordnung BAV)

Aenderung vom ...

Der Schweizerische Bundesrat

verordnet:

I

Die Gebührenverordnung BAV vom 1. Juli 1987¹⁾ wird wie folgt geändert:

Art. 40, Abs. 3 (neu)

³ Die Gebühr für die Erteilung einer Ueberlaufgenehmigung gemäss dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz über den Schienen- und Strassengüterverkehr (Transitabkommen²⁾), beträgt für:

- | | |
|---|------------|
| a) eine einfache Genehmigung | Fr. 50.-- |
| b) eine Genehmigung gekoppelt mit einer Nachtfahr- oder einer Sonntagsfahrbewilligung | Fr. 80.-- |
| c) eine Genehmigung gekoppelt mit einer Nachtfahr- und einer Sonntagsfahrbewilligung | Fr. 100.-- |

II

Diese Aenderung tritt gleichzeitig mit dem Transitabkommen in Kraft.

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident:

Der Bundeskanzler:

1) SR 742.102
2) SR ...

Ordonnance sur les émoluments relatifs aux tâches de l'Office fédéral des transports (O sur les émoluments de l'OFT)

Modification du ...

Le Conseil fédéral suisse

arrête:

I

L'Ordonnance du 1er juillet 1987 sur les émoluments relatifs aux tâches de l'Office fédéral des transports¹⁾ est modifiée comme il suit:

Article 40, alinéa 3 (nouveau)

"L'émolument pour la délivrance d'une autorisation de transit dans le système de surplus selon l'Accord entre la Communauté européenne et la Suisse relatif au trafic de marchandises par rail et par route (Accord sur le transit)²⁾, est:

- | | | | |
|----|--|-----|--------|
| a) | pour une autorisation simple | Fr. | 50.-- |
| b) | pour une autorisation dans le système de surplus
rattachée à une autorisation de circuler la nuit
ou le dimanche | Fr. | 80.-- |
| c) | pour une autorisation dans le système de surplus
rattachée à une autorisation de circuler la nuit
et le dimanche | Fr. | 100.-- |

II

La présente modification entre en vigueur simultanément avec l'Accord sur le transit.

Au nom du Conseil fédéral suisse:

Le président:

Le chancelier de la Confédération:

1) RS 742.102
2) RS ...



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Bern, 11. Dezember 1992

An den Bundesrat

Verwaltungsvereinbarung zum Transitabkommen

Mitbericht

zum Antrag des EVED vom 9. Dezember 1992

1. Erläuterungen

Wir sind mit dem Antrag des EVED zur Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung über die Anwendung des im Transitabkommen vorgesehenen Ueberlaufsystems grundsätzlich einverstanden. Hingegen sind wir der Auffassung, dass mit der Unterzeichnung der Vereinbarung zugewartet werden sollte, bis von seiten der EG eine verbindliche Zusage vorliegt,

- dass sie zu bilateralen Verhandlungen über die Liberalisierung des Luftverkehrs bereit ist (im Sinne der Gemeinsamen Erklärung zum Transitabkommen)
- und/oder dass sie zu bilateralen Verhandlungen über den Zugang zum Strassengüterverkehrsmarkt bereit ist (Art. 13 und Anhang 8 des Transitabkommens).

Nach der Ablehnung des EWR-Abkommens bildet das Transitabkommen die einzige Grundlage, auf welcher die Schweiz von der EG Verhandlungen über die Liberalisierung des Luftverkehrs bzw. über den Zugang zum

Güterverkehrsmarkt fordern kann. Aufgrund ihrer bisherigen Verhandlungstaktik, aber auch im Licht der negativen EWR-Abstimmung muss man davon ausgehen, dass die EG ihre Zusagen hinsichtlich Luftverkehr und Marktzugang nicht ohne weiteres honorieren wird. Dies umso weniger, als die im Transitabkommen enthaltene Gemeinsame Erklärung betreffend den Luftverkehr ohne jede Verbindlichkeit formuliert ist.

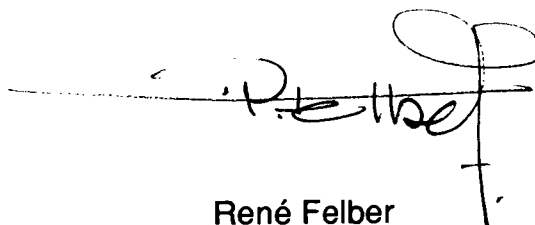
Der Anschluss der Schweiz an den europäischen Luftverkehrsmarkt ist für die Swissair und die Crossair vital. Indem die Schweiz mit der Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung zuwartet, bis sich eine befriedigende Lösung auf dem Gebiet des Luftverkehrs abzeichnet, gibt sie der EG zu verstehen, dass sie die Verkehrsfragen in einem grösseren Zusammenhang betrachtet. Dies war auch der Grund, warum das Transitabkommen mit einer Gemeinsamen Erklärung über den Luftverkehr ergänzt wurde. Würde die Verwaltungsvereinbarung sofort unterzeichnet, so hätte die EG alles, was sie will, während die Schweiz mit ihren Anliegen im ungewissen bliebe.

2. Änderungsantrag

Wir beantragen, Ziffer 2 des Beschlusses wie folgt zu ergänzen:

"Der Chef des EVED, Bundesrat Adolf Ogi (oder eine von ihm beauftragte Person), wird ermächtigt, die Verwaltungsvereinbarung zu unterzeichnen. Die Unterzeichnung erfolgt erst, wenn von seiten der EG eine verbindliche Zusage vorliegt, dass sie zu bilateralen Verhandlungen über die Liberalisierung des Luftverkehrs sowie über den Marktzugang im Strassengüterverkehr bereit ist".

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN



René Felber



EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
DEPARTEMENT FEDERAL DES TRANSPORTS, DES COMMUNICATIONS ET DE L'ENERGIE
DIPARTIMENTO FEDERALE DEI TRASPORTI, DELLE COMUNICAZIONI E DELLE ENERGIE
DEPARTAMENT FEDERAL DA TRAFFIC ED ENERGIA

3003 Bern, 11. Dezember 1992

An den Bundesrat

Verwaltungsvereinbarung zum Transitabkommen


Stellungnahme

zum Mitbericht des EDA vom 11. Dezember 1992

1. Wir sind mit den im Mitbericht des EDA beantragten Aenderungen aus den unten angeführten Gründen nicht einverstanden.
2. Begründung:
 - 2.1 Wir haben nach dem Ausgang der Volksabstimmung vom 6. Dezember alles Interesse daran, die bisher im Verkehrsbereich verfolgte klare Linie weiterzuführen.
 - 2.2 Die vorliegende Verwaltungsvereinbarung bildet kein sonderlich starkes Instrument, um verbindliche Zusagen seitens der EG erzwingen zu können.
 - 2.3 Die Inkraftsetzung der Verwaltungsvereinbarung ist ohnehin ganz mit dem Schicksal des Transitabkommens verbunden. Das Transitabkommen tritt in Kraft, wenn beide Vertragsparteien sich den Abschluss der erforderlichen Verfahren notifiziert haben (Artikel 21).

- 2.4 Selbstverständlich werden wir alles daran setzen, möglichst rasch in bilaterale Verhandlungen über die Liberalisierung des Luftverkehrs sowie über den Marktzugang im Strassengüterverkehr einzutreten. Erste Sondierungen haben wir bereits an die Hand genommen und sind zuversichtlich, dass seitens der EG die Verhandlungsbereitschaft rasch signalisiert wird.
- 2.5 Wir sind daher der Auffassung, dass der Bundesrat gegebenenfalls mit der Notifizierung noch einige Zeit zuwarten sollte, und dass es sich jetzt nicht aufdrängt, die Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung auszusetzen. Letzteres hätte nur die Wirkung eines falschen Signals.
3. Wir halten an unserem Antrag vom 9. Dezember 1992 fest.

EIDGENÖSSISCHES VERKEHRS- UND
ENERGIEWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



Adolf Ogi



EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES
DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

3003 Bern, den 14. Dezember 1992

An den Bundesrat

Verwaltungsvereinbarung über die Anwendung des im Abkommen zwischen der EG und der Schweiz über den Schienen- und Strassenverkehr vorgesehenen Überlaufsystems

Mitbericht

zum Antrag des EVED vom 9. Dezember 1992

1 **Stellungnahme**

Wir sind mit dem Antrag des EVED nicht einverstanden und beantragen die folgenden Änderungen:

2 **Beantragte Änderungen**

- 2.1 Verordnung über die Verwaltungsmassnahmen bei Widerhandlungen gegen das im Transitabkommen und in der dazugehörigen Verwaltungsvereinbarung vorgesehene Überlaufsystem (VWTU)

Titel

Im Titel der Verordnung muss es heissen:

"bei Verstössen" statt "bei Widerhandlungen"

Begründung: Anpassung an die Terminologie von Artikel 2, 3 und 4. Gleichzeitig kommt besser zum Ausdruck, dass die Verordnung administrative Sanktionen (also nicht Strafsanktionen) betrifft.

Artikel 1

idem

Artikel 2

Lit. b: "erwirkt" statt "erschleicht"

Begründung

Das Wort "erschleicht" stammt aus dem Strafrecht und impliziert Vorsatz oder gar Arglist. Ein solches (subjektives) Tatbestandsmerkmal ist aber hier nicht vonnöten.

Artikel 4

Nach wiederholt einfügen "oder in schwerer Weise"

Begründung

Ohne diesen Entscheid entsteht eine Diskrepanz zu Artikel 3


2.2 Antrag an den Bundesrat

Ziffer 3.4

Ziffer 3.4 ist dementsprechend wie folgt zu ändern:

- "bei Verstössen" statt "bei Widerhandlungen".
- Am Ende der Ziffer ist um der Klarheit willen folgender Absatz einzufügen: "Bei Vorliegen von Straftatbeständen, z.B. bei Urkundenfälschungen, bleibt die Strafverfolgung aufgrund der geltenden Gesetzesbestimmungen vorbehalten."

EIDG. FINANZDEPARTEMENT


Stich



LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

FAIT SAVOIR PAR LES PRÉSENTES

qu'il a autorisé

Monsieur Adolf Ogi, chef du Département fédéral des transports, des communications et de l'énergie, ou son suppléant, à signer la Convention administrative fixant les modalités d'application du système d'exemptions prévu par l'accord relatif au transport de marchandises par route et par rail conclu entre la Communauté et la Suisse.

En foi de quoi, les présentes ont été signées par le Président et le Chancelier de la Confédération suisse et munies du sceau du Conseil fédéral.

Berne, le 14 décembre 1992

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE
Le Président de la Confédération:

Le Chancelier de la Confédération: